

Konsolidierung der Ortskirchen in den bisher kommunistischen Ländern bzw. ihrer Standortbestimmung unter den neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen gelten.

Im Ernennungsschreiben an Erzbischof Sodano (vgl. *Osservatore Romano*, 2. 12. 90) sprach Johannes Paul II. von dessen „erprobter Klugheit in der Beurteilung der menschlichen Angelegenheiten“ und „lebhafter Sensibilität für die pastorale Ausrichtung für das Handeln der Kirche in der Welt“ sowie von der breitgestreuten Erfahrung aus langen Jahren im Dienst des Apostolischen Stuhls, die den neuen Staatssekretär für sein Amt geeignet machten. Sodano bringt vor allem Erfahrungen aus Lateinamerika mit (er war nicht nur Nuntius in Chile, sondern früher auch an anderen päpstlichen Vertretungen in Lateinamerika tätig), ist aber auch mit mitteleuropäischen Problemen gut vertraut. Während seiner Tätigkeit im Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche war er jahrelang speziell mit dem *deutschsprachigen Bereich* befaßt. In einem Kommentar des „Corriere della Sera“ (2. 12. 90) war von der „Westpolitik“ die Rede, der sich der Heilige Stuhl jetzt wieder verstärkt zuwenden werde, und die Ernennung Sodanos zum Staatssekretär wurde als Signal für diese Wende gedeutet. Tatsächlich gibt es im Verhältnis der Kirche zu den westlichen Gesellschaften eine Menge blinder Flecken, die nicht weniger Aufmerksamkeit verlangen würden als die frühere „Ostpolitik“. ru

## Stagnation

### *Ein wenig ergebnisreiches deutsch-polnisches Bischofstreffen*

Einen Durchbruch oder Neuanfang in den katholischen deutsch-polnischen Beziehungen brachte die zweitägige Begegnung vom 20. bis 22. November zwischen 10 deutschen und 15 polni-

schen Bischöfen in Gnesen nicht. 25 Jahre nach dem – aus heutiger Sicht – prophetischen Briefwechsel zwischen deutschen und polnischen Bischöfen am Rande des Zweiten Vatikanischen Konzils blieb jede große Geste, jede überzeugende Fortschreibung der Versöhnungsbotschaft aus. Das Treffen verlief in einer eher kühlen Atmosphäre, es hatte kaum publizistische Ausstrahlung in die polnische und deutsche Öffentlichkeit hinein, es schien inhaltlich und organisatorisch unzureichend vorbereitet. Offenbar war das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz nicht in der Lage, rechtzeitig mit der polnischen Seite ein konsensfähiges Gesamtprogramm zu erarbeiten.

Bereits auf dem Hinflug von Frankfurt nach Warschau konnte man von Bischöfen die fast resignierende Einschätzung hören, die *Politiker* hätten die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen schneller, praktischer und mutiger vorangetrieben als die *Kirchen*. Man sprach von der Gefahr, daß die Kirchen der politischen Entwicklung hinterherliefen. Einige Bischöfe gaben zu erkennen: Es seien in den letzten zehn Jahren vom deutschen Caritasverband und dem Verband der Diözesen über 320 Millionen Mark nach Polen geflossen, aber im kirchenpolitischen und theologischen Klima habe sich nicht viel bewegt. Von Stagnation und Rückschritt war die Rede. Als Hauptstreitpunkte hatte man die *Vertriebenenproblematik* und die *Sonderseelsorge für Deutschsprachige* in Schlesien im Gepäck – im Grunde alte Themen.

In einem ersten Referat, das den deutschen Bischöfen nach einer fünfständigen Busfahrt von Warschau nach Gnesen am 20. November noch um 21.00 Uhr zugemutet wurde, behandelte ausgerechnet ein polnischer Professor für die Theorie des Kirchenrechts, der Warschauer Theologe *Remigiusz Sobanski*, das heikle Thema Vertreibung. Der Titel seines 22seitigen Referats: „Vertreibung: Recht gegen Recht. Unrecht gegen Unrecht?“ Der Referent gab bereits bei seinen Vorbemerkungen zu verstehen, daß er eigentlich für dieses Thema „inkompe-

tent“ sei. Um so überraschter war die deutsche Delegation unter Leitung von Bischof *Karl Lehmann* über die vorgetragenen Thesen und Fragen. Sobanski plädierte für die einfache Lösung: „Ziehen wir einen dicken Strich, und zwischen uns kommt die schuldvolle Vergangenheit nicht mehr ins Gespräch.“ Gleichzeitig aber beschrieb er das Bild vom „bösen Deutschen“, das in Polen wieder auftauche und Angst wecke. „Die Angst wird um so größer, je mehr sich die Polen der himmelhohen ökonomischen Überlegenheit Deutschlands bewußt sind und diese jetzt in politischen Kontext gebracht wird.“

Den deutschen Bischöfen, unter ihnen der Kölner Kardinal *Joachim Meisner*, der Freiburger Erzbischof *Oskar Saier*, der Rottenburger Bischof *Walter Kasper*, der Berliner Bischof *Georg Sterzinsky* sowie Bischof *Bernhard Huhn* aus Görlitz und Weihbischof *Gerhard Pieschl* aus Limburg, stand nach diesem Referat die Ratlosigkeit ins Gesicht geschrieben. Sie waren enttäuscht, weil sie spürten, daß von polnischer Seite eine offene Diskussion über die Vertreibung, auch die ungerechte Vertreibung Deutscher durch Polen, nicht möglich und nicht gewollt schien.

Nach eingehenden Beratungen entschloß sich die deutsche Delegation, ein vorbereitetes, allgemein gehaltenes und wenig wegweisendes Referat des erkrankten Essener Kardinals *Franz Hengsbach* nicht zu verlesen, sondern den Hildesheimer Bischof *Josef Homeyer* mit der Konzeption eines neuen öffentlichen Wortes zu beauftragen. In einer Feierstunde mit geladenen Gästen in der Aula des Gnesener Priesterseminars sprach Homeyer dann mit bemerkenswerter Offenheit die Fragen an, die die deutsche Delegation bedrückten. Homeyer vertrat vor allem die Anliegen der Vertriebenen, als er erklärte: „Die Polen neigten lange dazu, ihre eigene Schuld zu bagatellisieren. Das Unrecht, das Deutsche durch Polen erlitten, hat Millionen Unschuldiger ebenfalls verwundet und verbittert. Den Polen fiel es lange Zeit schwer, dies zu verstehen und ihrerseits klar zu erkennen, daß Unrecht

Unrecht und Schuld Schuld ist und daß auch erlittenes Unrecht niemandem das Recht gibt, anderen Unrecht zuzufügen.“ Homeyer erhielt Beifall vom polnischen Episkopat, das Eis schien gebrochen, zumal auch Primas *Józef Glemp* von einer „notwendigen geistigen Umgestaltung und Umwandlung“ sprach. Glemp, von Krankheit gezeichnet, wörtlich: „Wir wollen, daß der Geist der Versöhnung, der sich damals mittels der gegenseitigen Vergebung geoffenbart hat, jetzt für neue Zeiten bestätigt wird. Wir wollen auch, daß in dieser neuen Periode jene Vorhaben durchgeführt werden, deren Umsetzung in den vergangenen 25 Jahren nicht gelungen ist.“

Doch der Eindruck täuschte. Am Abend des 21. November benötigte man mehrere Stunden, um ein gemeinsames Abschlußkommuniqué zu formulieren. Vor allem der Posener Erzbischof *Jerzy Stroba* verhinderte offenbar einen Text, der zur Schuldfrage der Vertreibung und zur Seelsorge an Deutschsprachigen in Schlesien ein für allemal Klarheit gebracht hätte. So aber heißt es in dem Abschlußkommuniqué u. a.: „Der Weg der Versöhnung war nicht ohne Schwierigkeiten. Nie aber haben die polnischen und die deutschen Bischöfe von dem 1965 begonnenen Weg abgelenkt. Der Briefwechsel ist und bleibt Grundlage und Geist unseres gemeinsamen Weges.“

Vieles spricht dafür, daß der gemeinsame Weg auch künftig noch steinig sein wird. Erst jetzt verständigte man sich darauf, eine gemeinsame Historikerkommission zu berufen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, um die völkerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Vertreibung aufzuarbeiten und den Jugendaustausch auf kirchlicher Ebene zu forcieren. Diese Absichtserklärungen müssen jedoch erst noch konkretisiert werden. Daher wollen sich polnische und deutsche Bischöfe bereits vom 2. bis 4. April 1991 in Deutschland treffen. Aus der deutschen Delegation war zu erfahren, daß man diese Begegnung sehr präzise und gewissenhaft vorbereiten will – zumal man auch daran denkt, die deutsch-polnische Bischofskommission neu zu besetzen. *bö*

## Bespitzelung

*Das Basler Pfingsttreffen von 1989 wurde vom Schweizer Nachrichtendienst überwacht*

Nachdem in der Schweiz eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) 1989 Rechts- und Zweckwidrigkeiten der umfangreichen Personendateien bei der Bundesanwaltschaft und der Bundespolizei aufgedeckt hatte, wurde dem militärischen Nachrichtendienst vorgeworfen, Schweizer Bürger und Bürgerinnen sowie Organisationen systematisch zu bespitzeln. Um diesen Vorwurf abzuklären, setzte das Parlament eine Untersuchungskommission „Zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von großer Tragweite im Eidgenössischen Militärdepartement“ ein, die ihren Bericht am 23. November der Öffentlichkeit vorstellte.

Die Kommission, die einen politischen und keinen richterlichen Auftrag hatte, befaßte sich mit den Bereichen Nachrichtendienst und *Abwehr*, den Personendateien und der Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen. In ihrem Bericht deckt sie nicht nur Mängel und Fehler auf, die zu beheben der Bundesrat bereits begonnen hat, sondern bringt auch zutage, wie die Schweiz gegen die Sicherheitsbedrohung im Kalten Krieg vorgesorgt und daß sie diese Art Vorsorge *bis in die Gegenwart* weitergeführt hat. So wurde beispielsweise im Bereich der Notstandsmaßnahmen eine Widerstandsorganisation und ein außerordentlicher Nachrichtendienst aufgebaut, die nicht nur höchst geheim, sondern von der militärischen und politischen Führung unabhängig waren; beide wurden inzwischen aufgelöst.

Bei der Nachrichtenbeschaffung wurden zum einen *strukturelle Mängel* aufgezeigt: der Chef der militärischen Untergruppe war zugleich Chef der Bundespolizei, das Sicherheitsbedürfnis wurde dem Daten- bzw. Persön-

lichkeitsschutz uneingeschränkt vorgeordnet, und zum andern kam heraus wie sehr das den Maßnahmen zugrunde liegende Bedrohungsszenario bis in die Gegenwart vom *Kalten Krieg* bestimmt war. Dazu gehörte, daß sogenannte Frontorganisationen, inländische Organisationen mit möglichen Verbindungen zum sowjetischen Herrschaftsbereich, regelmäßig ausgeforscht wurden und daß deren Tätigkeiten in Kategorien des Kalten Krieges beurteilt wurden. Zu welcher für ihn peinlichen Ergebnissen der militärische Nachrichtendienst dabei kam, belegt der Kommissionsbericht mit seinem Umgang mit der Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ (HK, Juli 1989, 297–299). Die Unterabteilung „Nachrichten und Abwehr“ des Militärdepartementes ließ diese durch die Regierung des Kantons Basel-Stadt eingeladen und von ihr und von der Eidgenossenschaft auch finanziell unterstützte Versammlung bespitzeln, wobei der Spitzel schon in die Vorbereitungsstadien eingeschleust wurde. Sein Bericht läßt allerdings nicht erkennen, daß er dabei auch etwas gelernt hat: Für ihn war die Mehrheit der Besucher „der rot-grün-alternativen Szene“ zuzuordnen, die „sich während der Versammlung ideologisch aufdatieren lassen und mit aktiver Desinformation eindecken“ konnte.

Diese Einschätzung der Basler Versammlung stimmt im Kern mit der von rechtsbürgerlicher Seite in der Schweiz an ihr wie an jedem politischen oder politisch relevanten Engagement der Kirchen geäußerten Kritik überein. Daß sich diese Kreise gegen Veränderung, sei sie nun sozial („rot“), ökologisch („grün“) oder vom Lebensstil her („alternativ“) motiviert, sperren, ist nicht neu; daß staatliche Organe in gleichen Kategorien befangen sind, muß in einer direkten Demokratie, wie es die Schweiz ist, besonders zu denken geben.

Nachdem sich in einer Volksabstimmung vor Jahresfrist ein Drittel der Abstimmenden „für eine Schweiz ohne Armee“ ausgesprochen hat (HK, Januar 1990, 9), dürfte das zutage getretene Verhalten des militärischen